Umweltverbände fordern mehr Bedenkzeit im Endlager-Suchprozess

Umweltverbände fordern mehr Bedenkzeit im Endlager-Suchprozess

Greenpeace, BUND und Robin Wood nehmen an Kommission nicht teil
Berlin, 19. 8. 2013 - Die Umweltverbände brauchen eine längere Bedenkzeit für die Entscheidung, an der "Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe" teilzunehmen oder nicht. Dies meldete der Deutsche Naturschutzring (DNR) am Freitag an den Bundestag zurück. In der schriftlichen Begründung heißt es, dass die Verbände ihren Beschluss erst mit möglichst vielen Betroffenen wie den Anti-Atom-Initiativen an den Atommüll-Standorten besprechen wollen.
Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Robin Wood und Greenpeace werden an der Kommission nicht teilnehmen. "Nach diesem Start haben wir kein Vertrauen in die Kommission", begründet der Leiter des Greenpeace-Energiebereiches Thomas Breuer den schwierigen Schritt. "Das Vorgehen der Bundesregierung widerspricht unserem Verständnis einer ernst gemeinten ergebnisoffenen und transparenten Suche nach einem Endlager", sagt auch BUND-Geschäftsführer Olaf Bandt. Bürger und Verbände seien viel zu spät und in viel zu geringem Umfang in den bisherigen Prozess eingebunden worden.
Greenpeace, BUND und Robin Wood werden die Arbeit der Kommission von außen aktiv begleiten. "Von einem Neuanfang bei der Endlagersuche kann keine Rede sein. Noch immer werden große Mengen Atommüll bei der Endlagersuche einfach ignoriert", beklagt der Energiereferent von Robin Wood Dirk Seifert. Nach wie vor gibt es keine Lösung für die verbliebenen Castoren aus England und Frankreich, über deren Lagerung erst nach der Bundestagswahl entschieden werden soll. "Wer das Atommüllproblem wirklich angehen will, muss endlich auch über das ganze Atommülldesaster sprechen", sagt Seifert.
In der von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) geplanten Kommission sollen zwei von insgesamt 33 Plätzen mit Vertretern aus Natur- und Umweltschutzorganisationen besetzt werden. Die übrigen Sitze gehen an Politiker, Wissenschaftler, Kirchen-, Gewerkschafts- und Industrievertreter. Bundestag und Bundesländer hatten den Dachverband Deutscher Naturschutzring gebeten, bis zum 16. August zwei Vertreter der Umweltverbände für die Kommission zu benennen. Diese hat unter anderem die Aufgabe, Kriterien für ein atomares Endlager in Deutschland festzulegen. In einer Sondersitzung des Bundestages Anfang September soll die Kommission eingesetzt werden.
Die Umweltverbände kritisieren, dass die Politik zentrale Voraussetzungen für einen ehrlichen Neustart einfach ignoriert hat. So sieht die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg einen Kardinalfehler darin, dass der geologisch ungeeignete Standort Gorleben im Suchverfahren nicht ausgeschlossen wurde. "Gorleben wird durch das neue Gesetz im Nachhinein sogar legitimiert", warnt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Auch haben Bundestag und Bundesrat keine Mindestanzahl an zu erkundenden Standorten über den Salzstock Gorleben hinaus in das Gesetz aufgenommen.
"Nachdem einige Verbände für sich entschieden haben, nicht in die Atommüll-Kommission zu gehen, stellt sich die Frage, was dies für uns bedeutet", erklärt der Sprecher der bundesweiten Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt Jochen Stay. "Wir wollen das nicht alleine entscheiden, sondern werden die örtlichen Anti-Atom-Initiativen befragen, was aus ihrer Sicht sinnvoll ist. Die Parteien reden von Transparenz und Partizipation in der Atommüll-Frage und praktizieren das Gegenteil. Wir wollen zeigen, dass dies keine hohlen Begriffe sind."

Greenpeace e.V.
Grosse Elbstrasse 39
22767 Hamburg
Deutschland
Telefon: 040-30618-0
Telefax: 040-30618-100
Mail: presse@greenpeace.de
URL: http://www.greenpeace.de

<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=541913" width="1" height="1">

Pressekontakt

Greenpeace e.V.

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Firmenkontakt

Greenpeace e.V.

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivisten setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen.Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.